

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Knut Mellenthin
23.11.2019

Isolierung Irans angestrebt

*Rückkehr der jemenitischen Exilregierung nach Aden. Saudi-Arabien will mit »Huthis«
ins Gespräch kommen*



Fawaz Salman/REUTERS

Der Premierminister des Jemen Muin Abdul Malik in Aden (12.12.2018)

Am Montag ist der Ministerpräsident des Jemen, Muin Abdul Malik, mit sieben Ministern aus Saudi-Arabien nach Aden zurückgekehrt. Die Hafenstadt dient seit 2015 als provisorischer Regierungssitz, da die Hauptstadt Sanaa im Herrschaftsbereich der Organisation Ansarollah und ihrer Verbündeten liegt. Abdul Maliks Regierung war Anfang August aus Aden geflüchtet, nachdem dort bewaffnete Anhänger des separatistischen Übergangsrats für den Süden (Southern Transitional Council, STC) die Kontrolle übernommen hatten.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Die Rückkehr nach Aden wurde durch das Riad-Abkommen mit dem STC ermöglicht, das nach wochenlangen schwierigen Verhandlungen am 5. November in der saudiarabischen Hauptstadt unterzeichnet wurde. Die Vereinbarungen sehen die Bildung einer gemeinsamen Regierung vor, deren Minister zur Hälfte von den Separatisten gestellt werden können. Die Regierungsbildung soll bis zum 20. Dezember abgeschlossen sein. Zuvor sollen alle bewaffneten Formationen des STC je nach ihrer Funktion dem Verteidigungsministerium oder dem Sicherheitsministerium der Regierung Abdul Maliks unterstellt werden. Bis Anfang Januar nächsten Jahres soll außerdem die Ernennung von Gouverneuren und Sicherheitschefs für alle Provinzen Südjemens durch den international anerkannten Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi erfolgen, der vorläufig weiter in Saudi-Arabien residiert.

Bisher ist, abgesehen von dem Abzug der STC-Kämpfer aus Aden und der Rückkehr Abdul Maliks in die Hafenstadt, noch kein Punkt des Riad-Abkommens in die Praxis umgesetzt worden. Problematisch könnte vor allem der militärische Teil der Vereinbarungen werden. Er sieht unter anderem vor, dass die Separatisten ihre mittleren und schweren Waffe abgeben sollen und dass diese unter Aufsicht der saudisch geführten Koalition eingelagert werden. Das hätte, wenn der Zeitplan eingehalten worden wäre, schon bis zum Mittwoch geschehen sein sollen.

Saudi-Arabiens König Salman bin Abdulasis gibt sich dennoch optimistisch. Er hoffe, »dass das Riad-Abkommen die Tür für weitergehende Verständigungen zwischen den jemenitischen Fraktionen öffnen« werde, sagte der 83jährige Monarch am Dienstag im Schura-Rat, einem nicht gewählten Gremium ohne Befugnisse. Gemeint sind damit hauptsächlich die Ansarollah oder, wie die Sprachregelung in westlichen Medien lautet, »die Huthis«. Sie werden vom Iran, dem Erzfeind des saudischen Königshauses, politisch und angeblich auch materiell unterstützt.

Pressemeldungen zufolge finden unter Vermittlung des Sultanats Oman, das sowohl an den Jemen als auch an Saudi-Arabien grenzt, schon seit einiger Zeit Verhandlungen zwischen den Saudis und Ansarollah statt. Auf saudischer Seite werden sie angeblich vom stellvertretenden Verteidigungsminister Khalid bin Salman, einem jüngeren Bruder des Kronprinzen, geleitet. Die Presseagentur AP berichtete am 13. November, dass beide Parteien seit zwei Monaten über Videokonferenzen miteinander kommunizierten, nachdem am 14. September vorübergehend die Hälfte der saudischen Erdölförderung

durch einen kombinierten Angriff mit Marschflugkörpern und Drohnen ausgeschaltet worden war. Die Saudis machen für diese Operation, zu der sich die Ansarollah bekannt hatten, den Iran verantwortlich.

Laut *AP* geht es bei den gegenwärtigen Verhandlungen unter anderem um die Wiederinbetriebnahme des internationalen Flughafens von Sanaa, der wegen der Luftangriffe der Saudis und der mit ihnen verbündeten Vereinigten Arabischen Emirate seit 2016 nicht mehr benutzt werden kann. Ein weiteres Thema soll die Schaffung einer Pufferzone entlang der saudisch-jemenitischen Grenze sein, über die hinweg die Milizen der Ansarollah immer wieder militärische Vorstöße unternehmen. Und nicht zuletzt sollen sich diese nach dem Willen der Saudis vom Iran distanzieren.

22.11.2019